

REFORMEN IM UMWELTBEREICH

Zu viel oder zu wenig Kommodo?



Schilf am Stahlwerk. Das Kommodo-Gesetz soll die Interessen von Wirtschaft und Umwelt in Einklang bringen. (Foto: woxx)

Während der Debatte über die Reform von Kommodo-Gesetz und Umweltverwaltung kritisierte die Opposition das Umweltministerium scharf. Konstruktive Vorschläge seitens Déi Gréng und LSAP wurden abgeschmettert.

(RK) - Warum wurden kein Personal eingestellt? Keine Normen festgelegt? Es wundere ihn nicht, so Alex Bodry gegenüber der woxx, dass er keine Antworten auf die wichtigsten Fragen bekommen habe, die er an Umweltstaatssekretär Eugène Berger gerichtet hatte. Das zeige, wie es um die Umweltpolitik stehe.

Die Chamber-Debatte am vergangenen Mittwoch zur Reform des Kommodo-Gesetzes sowie der Umweltverwaltung ähnelte der vorbereitenden Sitzung der Umweltkommission in der Vorwoche: Beide Male wurde der ehemalige Umweltminister daran erinnert, wie schmerzlich es ist, in der Opposition zu sein. In der Kommission wurde weder Alex Bodrys Gesetzesvorschlag zum gleichen Thema in die Diskussion einbezogen noch seinem Wunsch stattgegeben, die Direktion der Umweltverwaltung zu den geplanten Änderungen anzuhören. LSAP und Grüne verließen aus Protest den Saal. In einer Pressemitteilung prangerten sie eine "Verabschiedung von Gesetzberichten im Hauruck-Verfahren" an.

Eile und Weile

Gewiss, bei der Reform des Kommodo-Gesetzes drängte die Zeit. Im Rahmen dieses Gesetzes, das die staatliche Genehmigungspraxis regelt, sollte die längst überfällige, so genannte IPPC-Direktive umgesetzt werden. Doch bei der Reform der Umweltverwaltung war unklar, warum die Majorität es so eilig hatte. Dringender wäre gewesen,

wie LSAP und Grüne anmahnten, endlich einen Entwurf zur Umsetzung der Impaktstudien-direktive im Bereich Straßenbau vorzulegen.

"Dass Luxemburg am 9. Juli in Sachen Impaktstudien einen zweiten 'avis motivé' von der EU-Kommission erhalten hat, ist symptomatisch für die Umweltpolitik der Regierung", erregte sich Camille Gira (Déi Gréng) auf der Chamber-Tribüne. "Wie seine Vorgänger konnte sich auch der jetzige Umweltminister nicht gegen die Straßenbau-Lobby durchsetzen. Seit 18 Jahren warten wir auf eine rechtsgültige Umsetzung der EU-Bestimmungen über Impaktstudien bei Straßenprojekten." Zwar versicherte Marco Schank (CSV), die Auslagerung der Impaktstudienregelung für Straßen in ein gesondertes Gesetz diene dazu, die Bürger bereits bei der Variantendiskussion einzubeziehen und damit einen besseren Schutz der Umwelt zu erreichen. Bisher liegt der Text des Gesetzesentwurfs allerdings noch nicht vor. Und dass er, an der Umweltkommission vorbei, nur von der Travaux-publics-Kommission untersucht werden soll, gibt den SkeptikerInnen weitere Nahrung.

Besser geworden?

Auch für die am Mittwoch vorliegenden Gesetzesprojekte war die Informationslage dürftig. "Ich hatte Zahlen über die in den letzten Jahren behandelten Kommodo-Dossiers, die Verspätungen, die Kontrollen angefordert", beklagt sich Camille Gira im Gespräch mit der woxx. Während der Sitzung nannte Umweltstaatssekretär Eugène Berger gerade mal zwei Zahlen: Pro Jahr behandle man fast 1.000 neue Anfragen, und von den über 2000 alten Dossiers seien 1.300 abgearbeitet worden. Die gesetzlichen Fristen würden in 80 Prozent der Fälle eingehalten, ansonsten knapp überschritten. "Ich kenne Fälle, da dauerte es neun Monate", hält Camille Gira dem entgegen.

Alex Bodry kritisierte vor allem, dass die Kommodo-Gesetzgebung von 1999 bisher nicht durch die Festlegung von Normen präzisiert wurde. Allerdings machten andere Redner darauf aufmerksam, dass gerade der Ermessensspielraum des Ministers es ermöglicht, unter bestimmten Bedingungen einem Betrieb strengere Auflagen aufzuerlegen. Der ehemalige Umweltminister bleibt skeptisch: "Früher haben die Wirtschaftsvertreter immer die Einführung von Normen gefordert. Daraus, dass sie jetzt verstummt sind, könnte man schließen, dass sie auf andere Art und Weise besänftigt werden."

Sturm lief Alex Bodry auch gegen die Reform der Umweltverwaltung. Indem aus dem für die Kommodo-Genehmigungen zuständigen "Service des établissements classés" eine "Division"

mit umfassender Zuständigkeit gemacht werde, sei ein "Kuddelmuddel" zwischen dieser und den thematischen Divisionen "Déchets" und "Air et bruit" vorprogrammiert. Die Begründung der Gesetzesbefürworter ist allerdings einleuchtend: Mittlerweile arbeiten zwei Fünftel des Personals der Umweltverwaltung im Kommodo-Service. In dieser Frage hatte der Mouvement écologique in seiner Analyse der Reform Alex Bodrys Bedenken geteilt, jedoch einen Doppelvorschlag gemacht: "entweder die neu zu schaffende Stelle auf rein administrative Funktionen zu beschränken und die anderen Dienststellen stärker einzubinden oder aber die neue Stelle mit qualifiziertem Personal aufzustocken und zu einer Dienststelle für integrierten Umweltschutz auszubauen."

"Kuddelmuddel"

In seinem Redebeitrag prangerte der Ex-Umweltminister schließlich an, dass seine Nachfolger in Sachen Kommodo die Direktion der Umweltverwaltung umgangen hätten. Auch bei der Abänderung der Voraussetzungen, die ein Direktor der Umweltverwaltung mitbringen müsse, habe er kein gutes Gefühl. "Geht es hier darum, eine unbequeme Begrenzung wegzuräumen, um rein politische Nominierungen vornehmen zu können, ohne Rücksicht auf die fachliche Ausbildung?"

Es wird in der Tat gemunkelt, der jetzige Chef des Kommodo-Services sei aus parteipolitischen Überlegungen zum Direktor auserkoren, und es bedürfe dieser Gesetzesänderung, weil seine Diplome nicht ausreichten. "Wütend macht mich, dass gerade die DP immer auf die Neutralität der Beamten pocht. Nun will sie politische Nominierungen nicht nur in den Ministerien, sondern auch in technischen Verwaltungen vornehmen", so Alex Bodry gegenüber der woxx.

Beim Votum am Mittwoch begründete die Opposition ihr Nein teilweise damit, dass diese Reformen nicht dazu genutzt wurden, zusätzliches Personal einzustellen. Der Feststellung, es mangle der Umweltverwaltung an Personal, konnten auch die Abgeordneten der Majorität nur beipflichten. Umweltstaatssekretär Eugène Berger verwies darauf, dass die Verwaltung mittlerweile 22 Beamten umfasse, konnte aber nicht erklären, warum er im Rahmen der Debatte keine Neueinstellungen vorgeschlagen hat. Eine diesbezügliche Motion von Camille Gira wurde schließlich von der Majorität abgeschmettert. Und so gilt für diese Reformen das, was der Mouvement écologique bereits im Januar dieses Jahres schrieb: "Das beste Gesetz ist zum Scheitern verurteilt, wenn dessen Umsetzung in der Praxis nicht gewährleistet wird."

kommentar

Nicht jeder ist ein Terrorist

Die Angst der Gegner des gestimmten Terrorismusgesetzes ist völlig unbegründet.

Vor dem Votum des neuen Terrorismusgesetzes haben die üblichen militanten Teile der luxemburgischen Zivilgesellschaft, nun angeführt von "Jugend fir Fridden a Gerechtegkeit", wieder einmal ihre Gegnerschaft zu einer Gesetzesvorlage demonstriert, welche verschiedene Verhaltensweisen in unserer Gesellschaft strenger ahndet. Diesmal ging es darum, dass wir ein Gesetz bekommen, das vorsieht, dass Vergehen und Verbrechen, die in einem terroristischen Kontext verübt werden, mit entsprechend härteren Strafen belegt werden.

Der Text, der vom Parlament mit einer satten Zweidrittelmehrheit angenommen wurde, beinhaltet keine Liste jener Straftaten, die unter die neue Terrorismusgesetzgebung fallen können. Dies wurde von den Gegnern der Vorlage lautstark beanstandet - sie befürchteten die willkürliche Anwendung des neuen Gesetzes auf Vergehen, die im Rahmen der freien Meinungsäußerung begangen werden.

Einmal davon abgesehen, dass hier das Begehen von Straftaten auf sehr bedenkliche Art banalisiert wird - wieso sollte es fast normal sein, zum Beispiel während einer Demonstration Fenster einzuschlagen oder Autos in Brand zu stecken? - ist die Angst der Gegner des gestimmten Gesetzes völlig unbegründet. Es gibt eine klare Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, die festlegt, dass die Grundrechte der Bürger - dazu gehört die freie Meinungsäußerung - Vorrang vor einschränkenden Rechtsnormen haben, und dass solche Einschränkungen einer strikten Auslegung unterliegen. Ob es also eine Liste mit potenziell in terroristischer Absicht verübten Straftaten gibt, oder nicht - die Gerichte werden jeden Fall im Detail auf seinen terroristischen Gehalt hin überprüfen, wenn die Strafverfolgungsbehörden dies beantragen. Und sie werden selbstverständlich keine "normalen" Vergehen, die im Rahmen der freien Meinungsäußerung begangen werden, unter dem Terrorismusgesetz abstrafen.

Trotzdem wäre es schön, wenn wir uns unter Demokraten darauf einigen könnten, dass keine Vergehen im Rahmen der freien Meinungsäußerung begangen werden sollten.

Frank Engel ist Fraktionssekretär der CSV



Die Stein ist einer Meile

Absichtsvoll falsch? Diese Frage stellten sich viele aus der Redaktion, als sie am Freitagmorgen die woxx aufschlugen. War es ein subversiver Angriff auf eine längst überfällige Korrektur des Uraltgesteins Pressegesetz? Nach dem Motto: ein bisschen Verballhornung betont die kulturelle Rückständigkeit. Vielleicht aber war es auch eine besondere Ausprägung des Geschlechterkonflikts, eine Attacke eines übereifrigen, feministischen Redakteurs auf die patriarchale deutsche Sprachkultur?

Oder ging es etwa darum, der allzu männlich konnotierten Gewalt mal eine Feminisierung zu verpassen, auf dass sich die Kolleginnen einmal mit ihrem Aggressionspotenzial auseinandersetzen? Vielleicht war auch jemand einfach nur der ewigen, Artikel bestimmenden Dominanz des Stammworts überdrüssig - ein bisschen Anarchie schadet nie. Egal was der Grund für den Ausrutscher war, in unserem hausinternen Wettbewerb für den schönsten Fehler der Woche ist dieser ... eine weitere Meilenstein.

